

6. Teil

Bücher

I. Hitlers Europa – die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft 1940-1945

W. Post

Druffel & Vowinkel Verlag 2011

Das angezeigte Buch behandelt die Frage, ob und inwieweit das Deutsche Reich, welches sich von 1940 bis 1944 im Besitz großer Teile Europas befand, der Wegbereiter dessen war, was wir als Europäische Wirtschaftsgemeinschaft bzw. heute Europäische Gemeinschaft politisch verwirklicht haben. Das Werk beginnt mit einer politischen und wirtschaftlichen Lagebeschreibung Deutschlands nach dem Ersten Weltkrieg. Die siegreichen Alliierten hatten die Absicht, Deutschland, wie Churchill sich ausdrückte, auszuquetschen, *bis die Kerne krachten* (S. 44).

Europäische Wirtschaftsgemeinschaft

1939 hatte Werner Daitz die *Gesellschaft für europäische Wirtschaftsplanung und Großraumwirtschaft e. V.* gegründet. Nach der Beendigung des Frankreichfeldzuges (Juni 1940) befand sich ein großer Teil Europas in deutschen Händen. Und die deutsche Wirtschaftspolitik sah sich nun in einen größeren Raum gestellt. Daitz reichte im Mai 1940 eine Denkschrift zur *Errichtung eines Reichskommissariats für Großraumwirtschaft* ein (Seite 76): *Eine kontinentaleuropäische Großraumwirtschaft ... muß in ihrem letzten Friedensziel sämtliche Völker des Festlandes von Gibraltar bis zum Ural und vom Nordkap bis zur Insel Zypern umfassen. ... (es) notwendig erscheint, diese kontinentaleuropäische Großraumwirtschaft nicht als eine deutsche Großraumwirtschaft zu bezeichnen ... Wenn wir den europäischen Kontinent wirtschaftlich führen wollen, dürfen wir auch aus verständlichen Gründen dieses nicht als eine deutsche Großraumwirtschaft bezeichnen. Wir müssen grundsätzlich immer nur von Europa sprechen.* (S. 77).

Seit dem Herbst 1941, nach den überraschenden militärischen Erfolgen gegenüber der UdSSR, machten Hitler und Ribbentrop das *Neue Europa* zu einem zentralen Thema der deutschen Außenpolitik und Propaganda (Seite 164). Am 26. November 1941 sagte Ribbentrop vor Vertretern der Antikominternstaaten: *Die Völker Europas sind näher zusammengedrückt, Europa zum ersten Mal in seiner Geschichte auf dem Wege der Einigung!*

Heute kämpfen die Söhne von fast allen europäischen Ländern im Osten für die Erhaltung des Lebens und der Kultur unseres Erdteils ... die Völker dieses Kontinents werden das neue Europa aufbauen ... mit der zunehmenden Einigkeit und Geschlossenheit der Völker wird unser Kontinent ein immer stärkerer Faktor ... (S. 166/67). Hitler am 8. November in München: Dieser Kampf ist nun ein Kampf wirklich nicht nur für Deutschland, sondern für ganz Europa ... Vor dem Reichstag am 11. Dezember 1944 sagte Hitler: Was ist Europa? Es gibt keine geographische Definition unseres Kontinents, sondern nur eine farbliche und kulturelle. Nicht der Ural ist die Grenze dieses Kontinents, sondern jene Linie, die das Lebensbild des Westens von dem des Ostens trennt. (168/69)

Etwa einen Monat später, am 15. Januar 1942, forderte Reichswirtschaftsminister Funk in einem Vortrag die Bildung einer *Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft*. Er führte aus: Europa stelle einen geschlossenen Wirtschaftsraum dar, der über die wichtigsten Industrierohstoffe verfüge, ebenso sei die Ernährungsgrundlage ausreichend. Funk befaßte sich auch mit Fragen des Zahlungsverkehrs und der Währungspolitik und schlug ein Clearing-System bei Außenhandelsdefiziten vor. Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft werde auf zwei Voraussetzungen aufbauen, nämlich der Sicherung des europäischen Lebens- und Wirtschaftsraums und dem Willen zur europäischen Gemeinschaftsarbeit. Die europäische Wirtschaftsgemeinschaft werde sich vor allem auf den Aufbau einer besseren sozialen Lebensordnung konzentrieren (S. 193). Noch im selben Jahr gab er den Sammelband *Europäische Wirtschaftsgemeinschaft* heraus, an welchem namhafte Wirtschaftswissenschaftler und Vertreter des Reiches mitgewirkt hatten.

Post berichtet von weiteren Konferenzen, Publikationen, Vorträgen mit im wesentlichen ähnlichen Zielsetzungen, etwa von der Tagung europäischer Sozialwissenschaftler in Bad Salzbrunn/Schlesien vom 14. bis 19. März 1944. Die dort verabschiedeten 17 Punkte lassen sich, wenn man die NS-Rhetorik abzieht, sehr gut als Vorstück einer europäischen Sozialcharta ansehen. Der Kriegsverlauf machte weitere Überlegungen zu einer unter Deutschlands Führung stehenden Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zunichte.

Heute

Ausgangspunkt der EWG war, Deutschland einzuhegen. Wenn im Jahre 2011 nicht das Großdeutsche Reich, sondern die Bundesrepublik Deutschland als die bei weitem stärkste Volkswirtschaft in dieser zur EG/EU gewordenen Gemeinschaft wahrgenommen wird, dann ist das eine Ironie der Geschichte. Verwirklicht nicht die EU/EG heute das, was 1939 mit den englischen/französischen Kriegserklärungen hatte vermieden werden sollen?

*

II. Die missbrauchte Republik

Hrgb Andreas Späth/KSBBB und Menno Aden, SWG

London/Hamburg 2010 ISBN 978-3-9812110-2-3

Diese von der SWG mit herausgegebene Buch hat ein ganz ungewöhnliches und zwar durchweg lebendes Echo gefunden. Es wurde vielfach besprochen. Interessierte geben einfach den Titel des Werkes bei google ein. Aus einer wird wie folgt zitiert:

Reinhard Dörner in Kultur und Medien- online:

Wochenlang bildeten nahezu bis Mitte des Jahres 2010 die „entdeckten“ Fälle von Kindesmissbrauch die Eröffnungsmeldung in vielen Nachrichtensendungen, häufig mit dem begleitenden Zusatz: „Immer mehr Missbrauchsfälle“. Die Unisono-Verurteilung bezog sich in fast allen Meldungen auf die katholische Kirche, andere Organisationen wurden schamhaft verschwiegen oder einfach ausgeblendet. In keinem Fall erfuhr der Rezipient, woher denn diese plötzliche Informationsflut an Missbrauchserkenntnissen kommt, wer denn die „Aufklärer“ sind. Diesem Mangel hilft eine wichtige Schrift ab, die sich der „Aufklärung über die Aufklärer“ zuwendet, so der programmatische Untertitel. „Die missbrauchte Republik“, herausgegeben von Andreas Späth (KSBB) und Menno Aden (SWG) im Verlag Inspiration Un Limited, Hamburg/London 2010, ISBN 978-3-9812110-2-3, € 11,80, deckt schonungslos die gesellschaftlichen Hintergründe auf, unter denen es zum sogenannten Kindesmissbrauch kommen konnte. Diese „Aufklärung“ wird gewährleistet durch ausgewiesene Fachleute wie Kurt J. Heinz, Gerard van den Aardweg, Christa Mewes, Albert Wunsch u.a., die z.T. schon vor Jahrzehnten davor gewarnt haben, „wohin die Reise geht“, wenn bestimmten gesellschaftlichen Entwicklungen nicht gegengesteuert wird.

Schon das „Geleitwort des Mitherausgebers“ weist auf die klare Frage der Wahrheit, nämlich der Gültigkeit der Werte in unserer Gesellschaft hin. Die Aufsätze aller Autoren wirken so eindringlich wie entlarvend: „Wer wie Heiner Geißler argumentiert, der sexuelle Missbrauch in der katholischen Kirche sei eine Folge ihrer Körper- und Sexualfeindlichkeit, kommt spätestens dann in Erklärungsnot, wenn er die Ursachen der sexuellen Gewalt an Kindern und Jugendlichen in einer Gesellschaft erklären soll, in der es seit der sogenannten sexuellen Befreiung ab den sechziger Jahren nahezu kein Tabu mehr gibt, das der Befriedigung sexueller Bedürfnisse entgegensteht.“ Daher folgert Weihbischof Andreas Laun vollkommen zu recht, dass „gefährliche Ideologien und die sexuelle Revolution als Mittäterin“ anzusehen seien. Auf den Punkt bringt van den Aardweg das Problem: Missbrauch durch Priester sei „gewöhnliche‘ Homosexualität“.

Hier rückt van den Aardweg zurecht, was in der medialen Information missachtet wurde: die klare Unterscheidung zwischen Pädophilie und Homosexualität. Und er vergleicht die „Sittlichkeitsprozesse“ von 1936/37 mit der „heutige(n) Heuchelei: die Partei, die damals pädophile und homosexuelle Priester jagte, war selbst eine Brutstätte solcher Täter und Skandale“. Andreas Späth ortet einen weiteren Schwerpunkt sexuellen Missbrauchs bei Gefangenen, behördlich Verwahrten oder Kranken und Hilfsbedürftigen in Einrichtungen bzw. unter Ausnutzung eines Beratungs-, Behandlungs- oder Betreuungsverhältnisses und verweist damit auf die entsprechenden Paragraphen 174a bzw. 174c. Gabriele Kuby beleuchtet die staatlichen Formen der Sexualisierung von Kindern und Jugendlichen, vom Sexualkundeunterricht über die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung über staatlich unterstützte Vereine wie Pro Familia u.a.m. Christa Mewes entlarvt selbsternannte Sexualaufklärer wie Helmut Kentler und resümiert, dass „alle Prognosen der sogenannten fortschrittlichen Sexisten (...) sich als falsch herausgestellt“ haben. Daher ist es nur folgerichtig, dass Albert Wunsch als Sozialpädagoge und Psychologe sich der Frage zuwendet, wie „Kinder gegen Missbrauch geschützt werden“ können. Ein wichtiges Kapitel schlägt Jürgen Liminski auf, indem er die treibenden Kräfte im Hintergrund benennt. In den üblichen Nachrichten hört man i.a. nichts davon, dass Frau Leutheusser-Schnarrenberger im Beirat der Humanistischen Union (HU) ist, ebenso wie die Grünen-Politiker Claudia Roth und Volker Beck wie auch bis zu seinem Tod der Sexualpädagoge Helmut Kentler. Ziel der HU war es immerhin, Pädophilie zu „entkriminalisieren“. Der für manche Leser möglicherweise wertvollere und gleichzeitig umfangreichere Teil des Buches besteht aus der Dokumentation. Diese beginnt mit dem „Umbau der Gesellschaft“, zeigt die Vorstellungen der Grünen zu Sex mit Kindern auf, beleuchtet Ziele und Hintergründe der Humanistischen Union, die „Arbeitsgemeinschaft Humane Sexualität“ die „Arbeitsgemeinschaft-Pädophilie“ und beschreibt das Geflecht der letzten drei Genannten untereinander. Sie stellt die „Reformpädagogik zwischen Pädooerotischer Grenzüberschreitung und organisierter Kriminalität“ dar und nennt Vertreter der Pädophilenbewegung: Fritz Sack und Lüdiger Lautmann, Helmut Kentler, Psychogruppen, Kindersex und Bombenterror - Die Kommune 2 und schließlich die Stadtindianer. In einem letzten Teil wendet sich Harald Seubert „Anstelle eines Nachwortes“ in philosophischen Überlegungen den „emanzipatorischen Quellen des Bösen“ zu.

Den beiden Herausgebern gebührt besonderer Dank, dass sie sich als Vertreter evangelischer Kreise so intensiv für die Ehrenrettung kirchlicher Moral, der katholischen wie evangelischen, starkmachen, indem sie die Wahrheitsfrage stellen. Denn letztlich sind die Vorwürfe des Missbrauchs ein Frontalangriff gegen kirchliche ethische Regeln, ja gegen den Glauben an Gott.

*